

# «Wir müssen mehr in Versorgungsregionen denken»

Regierungsrat Damian Meier, Vorsteher des Departements des Innern, antwortet auf die brennendsten Fragen in seinem Departement zu den Themen Sozialversicherungsanstalt, interkantonale Zusammenarbeit, Ärztemangel, begleitetes Wohnen und Spitex.

Eugen von Arb

**Die Bildung einer neuen kantonalen Sozialversicherungsanstalt (SVASZ) wurde an der letzten Kantonsratssitzung angenommen. Wie ist der Zeitplan und welches sind die grössten Herausforderungen bei der Umsetzung?**

Ändern wird sich die Organisationsform, ändern wird sich der Name. Nicht ändern werden sich die ausgezeichneten Dienstleistungen der Ausgleichskasse und IV-Stelle mit ihren über 180 Angestellten für die Menschen in unserem Kanton. Wir haben nun grünes Licht. Im Sommer wird das Überführungskonzept verabschiedet, und ab dem 1. Januar wird gestartet.

**Die neue Sozialversicherungsanstalt untersteht einer Verwaltungskommission. Wie gut ist die Gewähr, dass diese politisch neutral sein wird?**

Wir geben unser Bestes. Die Verwaltungskommission wird aus fünf Mitgliedern bestehen und vom Regierungsrat gewählt. Dazu wird auch ein Mitglied der Regierung gehören. Die übrigen vier Personen, von denen eine das Präsidium übernimmt, sollen nach ihrer fachlichen Qualifikation ausgewählt werden. Natürlich sind auch politisches Gespür und Kenntnisse der Kantons- und Bundespolitik wichtig.

**Erhält die neue Anstalt mehr Bewegungsfreiheit oder ist sie ähnlich organisiert wie die AHV heute?**

Die Ausgleichskasse und IV-Stelle haben schon heute viele Freiheiten und funktionieren in vieler Hinsicht wie ein Unternehmen. Das ist der umsichtigen Organisation ihres abtretenden Leiters Andreas Dummermuth zu verdanken, der nun von Peter Geisser abgelöst wird. Wir möchten, dass auch die neue Sozialversicherungsanstalt ihre Dienstleistungen mit unternehmerischer Effizienz und für die Bevölkerung erbringt.

**Die Einführung der 13. AHV belastet die Bundesfinanzen – könnten auch die Kantone zur Kasse gebeten werden?**

Die zusätzliche 13. Altersrente belastet direkt den AHV-Fonds und wird ihn schnell entleeren. Der Bund vergütet dem AHV-Fonds einzig 20,2 Prozent dieser Zusatzausgaben. Deshalb muss das Bundesparlament und dann wohl auch das Stimmvolk über die Finanzierung der 13. Rente entscheiden. Die Kantone hingegen leisten hier und heute keinen Beitrag an die AHV. Wir als Kanton tragen dafür hohe und steigende Kosten im Bereich der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV.

**Der Kantonsrat hat im April ein Postulat gutgeheissen, das mehr interkantonale Zusammenarbeit bei der Spitalversorgung fordert. In welchen Bereichen sehen Sie die besten Chancen?**



Gesundheitsdirektor Damian Meier: «Wir möchten, dass auch die neue Sozialversicherungsanstalt ihre Dienstleistungen mit unternehmerischer Effizienz und für die Bevölkerung erbringt.»

Bild: Eugen von Arb

Das ist ein grosses Thema. Momentan gibt es schweizweit 278 Spitäler, davon 101 Kliniken mit Grundversorgung – das ist sicher ein Überangebot. Die Gesundheitsdirektorinnen- und -direktorenkonferenz hat nun reagiert und schlägt in ihren angepassten Empfehlungen eine schweizweite

**«Schweizweit gibt es 278 Spitäler, davon 101 mit Grundversorgung – das ist ein Überangebot.»**

Bedarfsanalyse als Grundlage für weitere Entscheidungen vor. Klar erscheint mir, dass regionale Akutspitäler eine Anbindung an eine grössere Klinik mit Spezialversorgung haben, wie das bereits heute oftmals der Fall ist, wobei die Grösse der Spitäler nicht das wichtigste Kriterium sein muss. Eine Neuausrichtung ist jedoch nur möglich, wenn alle Kantone zu Zugeständnissen bereit sind und nicht auf der Beibehaltung all ihrer Standorte und Leistungen beharren.

**Wo besteht bereits eine Zusammenarbeit?**

Eine gute Zusammenarbeit besteht mit der Triaplus AG, welche die psychiatrische Grundversorgung für Erwachsene, Kinder und Jugendliche in den Kantonen Uri, Schwyz und Zug vereint. Auch mit anderen Nachbarkantonen sind wir im Gespräch, aber es wird wohl noch länger dauern, bis es gemeinsame Leistungsaufträge in anderen Bereichen geben wird.

**Das Spital Einsiedeln hat im letzten Jahr seine Geburtenabteilung geschlossen – lag dieser Entscheid angesichts des schweizweiten Geburtenrückgangs im Trend?**

Obwohl der Grund für die Schliessung der Einsiedler Geburtenabteilung der Fachkräftemangel war, mag auch der allgemeine Geburtenrückgang eine Rolle gespielt haben. Ich war erleichtert, wie gut die Bevölkerung diesen Entscheid akzeptiert hat und wie reibungslos unter anderem die Spitäler Lachen und Schwyz diese Aufgabe übernommen haben.

**Es fehlt überall an Kinder- und Hausärzten. Wie kann diesem Missstand begegnet werden?**

Indem wir versuchen, diese Berufe attraktiver zu machen. Schon jetzt gibt es ein Praxisassistentenprogramm, das es jungen Medizinerinnen und Mediziner erlaubt, die Vorzüge der Hausarztmedizin im Kanton Schwyz kennenzulernen. Ziel ist, dass der Nachwuchs an dieser Aufgabe und am Arbeitsort Gefallen findet und sich zum Bleiben entscheidet. Dieses Praxisassistentenprogramm möchten wir nun ausbauen.

**Vor einem Jahr trat das neue Kinderbetreuungsgesetz in Kraft. Welche Bilanz können Sie ziehen?**

Wir können von einer Erfolgsgeschichte sprechen, obwohl die Umsetzung des Kinderbetreuungsgesetzes sehr aufwendig war und sich gewisse Abläufe zuerst einspielen mussten. Seit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juni 2024 sind im Kanton Schwyz über 1300 Gesuche für Kinderbetreuungsbeiträge eingegangen. Im Zeitraum von August 2024 bis März 2025 wurden insgesamt rund 3,14 Millionen Franken ausbezahlt – finanziert je zur Hälfte durch Kanton und Gemeinden.

**Immer mehr junge Menschen beanspruchen psychologische Hilfe.**

**Inwiefern spürt man diese Entwicklung im Kanton Schwyz und welche Mittel gibt es dagegen?**

Wir spüren dies mit stark zunehmenden Zahlen bei den kinder- und jugendpsychiatrischen Diensten der Triaplus, welche die jungen Menschen psychologisch betreut. Die steigenden Zahlen führen vermehrt zu langen Wartezeiten. Die Triaplus gibt Gegensteuer mit mehr Personal im ambulanten Bereich. Schon jetzt bieten wir ein neues Tagesambulatorium an, bei dem die Kinder halbtags in der Schule betreut werden. Niederschwellige Angebote sind nicht nur günstiger, sondern auch besser für die Betroffenen, weil sie weniger stigmatisieren und vor Ort in einer vertrauten Umgebung stattfinden, weshalb auch sie ausgebaut werden müssen.

**«Die KESB ist leider stark gefordert – und die Tendenz ist weiter steigend.»**

**Die Stiftung Phönix hat kürzlich in Einsiedeln ihr neues Haus für begleitetes Wohnen eröffnet. Wie stark nimmt die Nachfrage für Wohnmöglichkeiten für psychisch beeinträchtigte Menschen zu?**

Sie nimmt zu, gleichzeitig mit der sich verändernden Gesellschaft und ihren Bedürfnissen. Wurden früher beispielsweise noch Doppelzimmer akzeptiert, werden heute Einzelzimmer verlangt, was auch zu einer Verteuerung führt. Die Stiftung Phönix macht einen ausgezeichneten Job, wofür ich sehr

dankbar bin. Generell sehe ich eine zunehmende Ambulantisierung in allen Bereichen bis hin zu einer Spitex für psychisch beeinträchtigte Menschen. Die Gesundheitsversorgung im Kanton Schwyz ist noch sehr stark stationär geprägt, darum wird die Ambulantisierung in Zukunft eine zentrale Rolle spielen.

**Junge Menschen erhalten immer öfter eine IV-Rente wegen psychischen Erkrankungen und finden später kaum mehr in den Arbeitsmarkt. Welche Alternativen gibt es zu einer IV-Rente?**

Man muss unterscheiden zwischen IV-Unterstützungsleistungen und einer IV-Rente. Eine Rente sollte immer die letzte Lösung sein, und es gibt verschiedene gute Alternativen dazu. Vieles hängt von der Bereitschaft von Arbeitgebern ab, psychisch beeinträchtigte Menschen zu beschäftigen, wodurch eine Rückkehr ins Arbeitsleben möglich ist.

**Wie ist die Entwicklung bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)?**

Die KESB ist leider stark gefordert, und die Tendenz ist weiter steigend. Dazu ein Beispiel: Obwohl es wichtig ist, bei einer Trennung die Kinder als Schwächste zu schützen, ist es bedenklich, dass sich immer wieder Eltern nicht über die Kinderbetreuung, beziehungsweise das Besuchsrecht, einigen können und diese Aufgabe dem Staat überlassen. Das Ganze berappen am Ende die Steuerzahler.

**Private Spitex wird immer populärer, was sagen Sie zu dieser Entwicklung?**

Die Spitex ganz allgemein hat eine enorme Bedeutung, und diese nimmt stetig weiter zu. Ich sehe die privaten Spitex-Organisationen als Ergänzung zu den Spitex-Organisationen mit Leistungsaufträgen durch die Gemeinden. Die Tendenz zur Ambulantisierung wird stark zunehmen, weshalb wir um sämtliche Player in diesem Bereich dankbar sind.

**Sie führen ein grosses und vielseitiges Departement, bei dem Sie nicht auf «allen Hochzeiten tanzen» können. Können Sie gut delegieren?**

Ja, ich habe auch gar keine Alternative dazu. Zum Glück verfüge ich über ausgezeichnete und hoch motivierte Mitarbeitende, welche sich täglich voll und ganz in den Dienst unseres Kantons und seiner Menschen stellen.

**Sie waren Lehrer, Rechtsanwalt, Gerichtsschreiber und Polizeikommandant. Welcher Beruf war die beste Vorbereitung, um Regierungsrat zu werden?**

Ich profitiere von all meinen bisherigen Tätigkeiten und den Erfahrungen, die ich dort sammeln konnte. Der Mix könnte wohl nicht optimaler sein. Wenn ich mich aber entscheiden müsste, so ist meine juristische Ausbildung und Erfahrung ganz bestimmt zentral für meine aktuelle Funktion.

**Sie wurden zum Vorsitzenden der Zentralschweizer Gesundheitsdirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZGDK) gewählt. Welches sind Ihre wichtigsten Vorhaben?**

Ich möchte die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz massiv stärken. Wir müssen vermehrt in Versorgungsregionen denken, und die machen nicht an Kantonsgrenzen Halt.

## Damian Meier

**Geburtsdatum:** 22. Juni 1974

**Wohnort:** Schwyz

**Zivilstand:** verheiratet, 4 Töchter

**Kino oder TV:** beides

**Tee oder Kaffee:** Kaffee

**Romanze oder Krimi:** Krimi

**Mythen oder Pilatus:** Mythen